

Eingereicht von der Gemeinde Zwischenwasser/Österreich am 15. März 2006.
Der Antrag wird von mehreren österreichischen Gemeinden unterstützt.

Antrag an die Europäische Vollversammlung des Klima-Bündnis zur weiteren Vorgangsweise zum Klimabündnis-Ziel "Minus 50% bis 2010 "

1.) Das Klimabündnis hat sich bei seiner Gründung Ende der 80er-Jahre ein hochgestecktes Ziel zur Reduktion der CO₂-Emissionen gesetzt: Minus 50% von 1987 bis 2010. Das Jahr 2010 rückt immer näher und der derzeitige Stand der Emissionsentwicklungen zeigt, dass eine Mehrzahl der Klimabündnis-Städte und Gemeinden unter den derzeitigen nationalen und internationalen Rahmenbedingungen dieses hoch gesetzte Ziel voraussichtlich nicht erreichen wird.

2.) Das Klimabündnis Ziel "Minus 50% CO₂-Emissionen" ist jedoch unter den bereits massiv spürbaren Klimaveränderungen wichtiger denn je. Alle internationalen Forschungsergebnisse (z.B. IPCC) zeigen, dass die industrialisierten Staaten und somit auch ihre Städte, Gemeinden und Regionen ihre Treibhausgas-Emissionen in den nächsten Jahrzehnten um 60 bis 80% reduzieren müssen, um die globale Klimaveränderung auf ein noch verträgliches Maß zu begrenzen. Deshalb bekennen wir uns unverändert und stärker denn je zum grundsätzlichen Klimabündnis-Ziel "Minus 50 Prozent".

3.) Um die Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit unserer Arbeit auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sicherzustellen beantragen wir:

- das Klimabündnis-Ziel "Minus 50%" unverändert beibehalten;
- die Frist zur Zielerreichung bis zum Jahre 2020 zu erstrecken;
- als Ausgangsjahr im Einklang mit den internationalen Klima-Vereinbarungen 1990 statt wie ursprünglich vereinbart 1987 festzulegen.

4.) Als langfristiges Ziel zur Stabilisierung der Treibhausgas-Emissionen auf einem für die Erde nachhaltigen Niveau wird maximal 2,5 Tonnen CO₂-Äquivalent bzw. maximal 2 Tonnen CO₂ pro EinwohnerIn und Jahr als Ziel des Klimabündnis festgelegt. Alle Bemühungen sollten darauf abzielen, dieses global notwendige Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen.

5.) Diese Zielsetzungen (Punkte 3. und 4.) werden als notwendig im Sinne der Wissenschaft gesehen. Sie zu erreichen erfordert jedoch das Zusammenwirken aller Entscheidungsebenen (EU, Nationalstaat, Bundesland, Gemeinde) und können mitunter nicht durch Maßnahmen im Entscheidungsbereich der Gemeinde allein erreicht werden. Die Mitglieder im Klimabündnis werden ermutigt, im Sinne der Zielsetzungen ihre Beiträge näher zu quantifizieren und sukzessive umzusetzen.

6.) Um die Entwicklungen der Klimaschutz-Bemühungen der Klimabündnis-Städte und Gemeinden zu erheben, beantragen wir ab 2006 die Erstellung eines Klimaschutz-Berichtes im zweijährigen Rhythmus verpflichtend für alle Klimabündnis-Mitglieder festzulegen. Ein dafür geeignetes Tool wird von der europäischen Klimabündnis-Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt.